



Wipper-Passage

Antrag des Rats Herrn Josef W. Schnepfer / FDP vom 24.01.2017

Gremium	Status	Datum	Beschlussqualität
Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt	Ö	17.05.2017	Entscheidung

Stellungnahme der Verwaltung:

Wie der Antragsteller selber schreibt, ist die WipperPassage zu 100 % Privateigentum und somit auch auf Grund der Eigentumsverhältnisse nicht Bestandteil des Integrierten Handlungskonzeptes. Dieses hat als Zielsetzung die Aufwertung des öffentlichen Raumes, was allerdings dazu führen soll, dass auch durch privates Invest die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt der Hansestadt Wipperfürth verbessert wird. An verschiedenen Stellen im Stadtgebiet ist dies bereits durch neugestaltete Fassaden, Neubauten, Verbesserung von Hauseingängen und dergleichen zu erkennen.

Die Planungen und Umsetzungen der einzelnen Maßnahmen des Integrierten Handlungskonzeptes finden in enger Abstimmung mit den jeweiligen Grundstücks- bzw. Hauseigentümern statt. So steht die Verwaltung auch im engen Austausch mit den Eigentümern der Passage. Im Bereich des Kölner-Tor-Platzes wurden sehr gute gemeinsame Lösungen für barrierefreie Eingänge zu den Gebäuden des gleichen Eigentümers gefunden. Die Eigentümer investieren entsprechend, um ihre Gebäude, insbesondere die Zugänglichkeit im Erdgeschoss im Zuge der Neugestaltung des öffentlichen Raumes zu optimieren.

Die Verwaltung wird auch weiterhin das Gespräch mit den Grundstückseigentümern suchen und sich bemühen, eine Aufwertung der Passage zu erlangen. Einen Zeitpunkt zu benennen, wann gemeinsam erarbeitete Ziele formuliert werden können, bzw. sogar eine Umsetzung erfolgen kann, ist derzeit noch nicht möglich.

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, als Initiator und Moderator Gespräche mit den Gebäudeeigentümern und den gewerblichen Nutzern der Immobilie aufzunehmen mit dem Ziel, gemeinsam Möglichkeiten zu finden, um eine Aufwertung der WipperPassage und eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität dort zu erreichen.

Anlagen:

Antrag des Rats Herrn Josef W. Schnepfer / FDP vom 24.01.2017